

den Hintergrund gedrängt. Die Landesleitung Sachsen hat selbstkritisch bereits festgestellt, daß sie im Arbeitsplan vom 15. September bis 15. Oktober die Vorbereitung des Lehrjahres mit keinem Wort erwähnte. Die Landesleitung Sachsen-Anhalt hat von sich aus die Durchführung der Lehrgänge zur Ausbildung von Leitern der Politischen Grundschulen unterbrochen und damit den Plan der Lehrerausbildung über den Haufen geworfen. Eine gute Unterstützung bei der Vorbereitung des Lehrjahres geben hingegen die Landesleitungen Berlin und Thüringen, die sich wiederholt mit dem Stand der Vorbereitungen zum Lehrjahr befaßten und konkrete Beschlüsse annahmen.

Während einige Kreisleitungen, wie zum Beispiel Gardelegen, Zwickau, Bautzen, Döbeln, Potsdam, durch besondere Maßnahmen, wie den Einsatz von Instruktoren und die Mobilisierung des Kreispropagandistenaktivs, durch Besprechungen mit den Leitern der Grundorganisationen allseitige Hilfe gaben und die Lehrgänge für Propagandisten gut vorbereiteten, gingen andere Kreisleitungen in völlig ungenügender Weise an die Vorbereitung des Lehrjahres. Im Kreis Dresden war bis zum 15. September erst die Hälfte der Parteimitglieder im System der Parteischulung erfaßt. In Zittau, Leipzig, Dessau, Burg und anderen Kreisen haben die Kreisleitungen bisher kaum von der Vorbereitung des Lehrjahres Notiz genommen, sie messen der propagandistischen Arbeit keine Bedeutung bei und führen ihre eigenen Beschlüsse nicht durch.

Die Folgen dieser mangelhaften Anleitung durch die Kreisleitungen zeigten sich bei der Aufstellung der Schulungspläne in einigen Grundorganisationen. Diese Pläne wurden vielfach schematisch und bürokratisch auf gestellt. Im Walzwerk „Michael Niederkirchner“ in Ilsenburg stellte die Leitung der Betriebsgruppe den Schulungsplan ohne Befragen der Mitglieder auf. In Erfurt machte die Kreisleitung sogar den Versuch, von sich aus alle Mitglieder einzustufen, da angeblich die Leitungen der Grundorganisationen nicht dazu imstande seien. Bei der Festlegung des Schulungsplans wurde vielfach der Beschluß vom 3. Juni nicht eingehalten, der verlangt, daß jedes Mitglied in die seinen Vorkenntnissen entsprechende Stufe der Parteischulung (Politische Grundschule, Zirkel zum Studium der Geschichte der KPdSU(B), Kreisabendschule) eingereiht werden muß. Besonders in ländlichen Ortsgruppen wurden alle Mitglieder, ohne Unterschied, in die Politische Grundschule eingeschrieben. Die Aufnahme in die Zirkel zum